Morgen-Ausgabe

...stines Depeschen" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags ein illustrierte Gratis-Wochen-Beiblätter: „Der Weltspiegel", „Technische Rundschau", „Haus Hof ...", Wöchtlich „U.K.". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches und ...n besetzten Gebiete, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband ...ch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 9.75 Mark ...schließlich Zustellungsgebühr. Ausland ausschließlich Postaufschlag; für Groß-Berlin monatlich 3.25 Mark, vierteljährlich 9.75 Mark. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.50 Mark, für Ausland 10 Mark, bei täglich einmaliger Zustellung 2.50 Mark. Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Zentrum Nr. 10181—10184, für d. Fernverkehr Nr. 14207—14209), u. a. nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile M. 1.50 u. 30 % Zuschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche M. 1.50 die Zeile. Inserat.- u. Abgabe-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW 19, Jerusalem. Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 16; Potsdam. Str. 38; Zimmerstr. 56; Königstr. 56/57; Kaiserhof, Str. 46; Schönh. All. 144; Moritzplatz Köpenicker Str. 67/68; Rathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. All. 235; Frankf. Alles 346; Pflickerstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenb.: Lauenzienstr. 2; Kantstr. 34; Schorrenstr. 39; Rüdesh. Str. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Hertelstempl., Lichtenb.: Frankf. Alles 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Reukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 53/54; Pankow: Boernholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 29/34; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 53. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburg. Str. 23; Spandau: Breite Str. 17; Stettin: Paradepl. 6.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 129
48. Jahrgang

Dienstag
25. März 1919

Die Kabinettsbildung in Preußen.

Die Beratungen über die Zusammensetzung der preußischen ...egierung sind bis zur Stunde noch nicht abgeschlossen. Es ...wohl aber mit Sicherheit anzunehmen, daß das Zentrum ...das Kabinett eintreten wird. Ueber die Verteilung der ...ienter erfahren wir von unterrichteter Seite folgendes:

„Die Ministerliste behält für die Sozialdemokratie ...ine Reihe besonders wichtiger Ministerien vor, insbesondere das Ministerpräsidium, das Ministerium des Innern, die Finanzen und die Landwirtschaft. Im Kultusministerium werden die Demokraten und das Zentrum je einen Unterstaatssekretär erhalten. Sonst fällt an das Zentrum das Justizministerium und das neugegründete Wohlfahrtsministerium, an die Demokraten wohl Handel und Eisenbahnen."

Auch die Personen werden bereits genannt, stehen aber noch nicht vollständig und endgültig fest. Wohlfahrtsminister dürfte der Führer der christlichen Gewerkschaften Adam Stegerwald werden, Justizminister wird vielleicht Herr Spahn. Der Demokrat ...ischeck wird wohl das Handelsministerium behalten; auch der Abgeordnete Oeser ist für das Kabinett in Aussicht genommen. Er wird, wie wir hören, das Eisenbahnministerium übernehmen. Von der Sozialdemokratie werden sicherlich Hirsch, Braun, Heine und Südekum der neuen Regierung angehören.

Der Arbeitsplan der Landesversammlung.

Der Seniorenkonvent der preußischen Landesversammlung trat am Montag nach Schluß der Sitzung zusammen. Ueber seine Beratungen und Vorschläge ist folgendes mitzuteilen: Ueber die am Dienstag auf der Tagesordnung stehende Mitteilung der Regierung über die Bildung der neuen Regierung und über den Notetat wird voraussichtlich noch nicht gesprochen werden, weil nachträglich noch die Polenfrage auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, mit deren Beratung man voraussichtlich am Dienstag fertig werden wird. Am Mittwoch erst wird der Notetat im Zusammenhang mit der Regierungserklärung besprochen werden. Später kommen die Interpellationen über die Ernährung an die Reihe, mit deren Beratung man bis zum Sonnabend fertig zu werden hofft. Dann soll Vertagung eintreten.

Das neue preußische Kabinett und das Eisenbahnministerium.

Zur bevorstehenden Ernennung Oesers.

B. St. Der Abgeordnete Oeser, der, wie aus halbamtlicher und aus parlamentarischer Quelle verlautet, das preußische Eisenbahnministerium übernehmen wird, gelangt nun auf einen für die Gegenwart und Zukunft besonders wichtigen Posten. Aus mancherlei Gründen ist heute das Eisenbahnministerium aus der Reihe der reinen Fachministerien ausgeschieden und hat auch eine sozialpolitische Bedeutung gewonnen, die in nächster Zukunft noch mehr zutage treten wird, als es heute den Anschein hat. Die Aufgaben, die einem Eisenbahnminister gestellt sind, sind heute nicht mehr von der fachlichen Seite allein zu lösen. Deshalb konnte davon keine Rede mehr sein, daß ein Jurist oder Verwaltungsbeamter ohne praktische soziale und kaufmännische Erfahrungen ausreicht. Der neue Eisenbahnminister wird neben hervorragenden kaufmännischen Eigenschaften auch große technische Begabung haben müssen, er muß aber auch, da er das größte Unternehmen der Welt zu leiten hat, in sozialen Dingen vollkommen bewandert sein und darf politische Gesichtspunkte nicht aus dem Auge verlieren.

Der neue Verkehrsminister hat zunächst einmal dafür zu sorgen, daß es bald wieder möglich sein wird, ohne allzu große Schwierigkeit von Berlin nach Potsdam zu kommen, das heißt, er muß das Publikum von den Qualen befreien, die heute auch mit der kleinsten Reise verbunden sind. Denn ohne eine solche Erleichterung ist an ein Wiederaufleben unserer wirtschaftlichen Beziehungen, auch im Inlande, nicht zu denken. Reise- und Transportspesen verteuern die Waren. Deshalb ist es nicht zu viel gesagt, wenn es heißt, daß das Verkehrswesen das Rückgrat unserer wirtschaftlichen Existenz ist. Das ist eine Seite, die der neue Verkehrsminister zu beachten hat. Dann aber muß er ein Finanzgenie sein, denn es obliegt, unsere Eisenbahneinnahmen sobald es irgend möglich wieder zu dem zu machen, was sie waren: nämlich zu der Hauptquelle für unsere Staatskasse. Heute arbeitet unsere Eisenbahnverwaltung mit einem Defizit von nicht weniger als zwei Milliarden, während sie früher mehr als eine halbe Milliarde Ueberschuß erzielt hatte; eine Summe, die den Ueberschüssen aus den gesamten Steuereinnahmen mindestens gleichkam. Endlich aber muß der neue Eisenbahnminister Kaufmann von hervorragender Begabung deshalb sein, weil nach der bekannten Verordnung alle Staatsbahnen bis zum 1. April 1921 auf das Reich übergehen sollen und weil bis zum 31. Oktober 1920 ein entsprechender Vertrag zwischen dem Reich und Preußen fertiggestellt sein soll. Seine technischen Kenntnisse wird der neue Eisenbahnminister in reichstem Maße verwerten können. Unser Eisenbahnwesen liegt vollkommen darnieder. Was einst unser Stolz war, ist heute unsere schwere Sorge. Wir leiden unter Verkehrsschwierigkeiten, wie sie sich wohl niemand hat träumen lassen. Nicht alle Nöte können auf die Ententeforderungen zurückgeführt werden, und nicht alle Klagen kann man mit dem Hinweise auf die starke Abnutzung und Reparaturunmöglichkeit abtun. Leute, die es wissen müssen, versichern uns immer wieder, daß die technische Rückständigkeit im Eisenbahnbetriebe in einem geordneten Privatbetrieb unmöglich wäre. Hat es doch geraume Zeit gedauert, bis man sich dazu entschlossen hat, die kranken Lokomotiven auch Privatunternehmern zur Heilung zu übergeben. Es bedurfte erst eines gelinden Drucks um eine solche Selbstverständlichkeit zu tun. Unsere Eisenbahnwerkstätten sind meist völlig veraltet, das gleiche ist bei einem großen Teil der Verkehrsanlagen der Fall. Hier Wandel zu schaffen ist dringende Notwendigkeit. Die Mängel, die sich früher, als alles noch in schönster Ordnung war, nicht so offenbarten, treten jetzt stark hervor und müssen schnell beseitigt werden.

Nun noch ein Wort zur Erklärung, warum der Eisenbahnminister ein Mann sein muß, dem auch die sozialen Fragen der Gegenwart kein Buch mit sieben Siegeln sind. Die preußische Staatseisenbahn ist der größte Arbeitgeber der Welt, der nahezu 700 000 Arbeiter und Beamte in seinem Dienst hat. Ganz abgesehen von den hohen Lohnforderungen der Eisenbahnarbeiter, die sich, wie wir meldeten, auf 3,50 für die Stunde belaufen, treten in einem solchen Riesenheer von Beamten und Arbeitern auch rein soziale Fragen auf, die gelöst werden müssen, und zwar gelöst werden müssen im Sinne der Zeit. Hart an dieses Gebiet grenzt dann die politische Seite der Sache. Man weiß, daß die Revolution in der Eisenbahnarbeiterschaft ganz bedenkliche Symptome gezeitigt hat. Ein Radikalismus hat sich breit gemacht, der vom Bolschewismus nicht weit entfernt ist. **Hier muß ein guter Eisenbahnminister mit weiser Hand zur**

Plünderungen in Budapest.

Blutige Zusammenstöße. — Die Internierung aller Fremden angeordnet.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Wien, 24. März.

Die nach Wien und ins Ausland gelangten Nachrichten über die Vorgänge in Budapest geben kein klares Bild der wahren Sachlage. Die Umwandlung in die kommunistische Herrschaft spielte sich nicht so ruhig ab, wie es zuerst dargestellt wurde. Am Freitag auf Sonnabend wurde geschossen, wobei es viele Verwundete und Tote gab. Die beiden Staatsbahnen wurden besetzt. Maschinengewehre und Kanonen wurden aufgefahren. Die Offiziere wurden in den Straßen angehalten, und es wurden ihnen ihre Auszeichnungen abgerissen. Es kam auch zu großen Plünderungen, wobei die Menge die Lebensmittel- und Juweliergeschäfte heimsuchte. Viele Personen suchen Budapest zu verlassen. Es wurde von der kommunistischen Regierung ein Befehl erlassen, wonach die Fremden zu internieren sein. Nur wenigen Personen ist es gelungen, aus Budapest abzureisen. Die gestrige Nacht ist ruhig verlaufen. Auf dem Waizner Ring entwickelte sich zwischen 12 und 1 Uhr ein lebhafter Straßenverkehr, der sich mit einem Verkehr in ruhigen Tagen vergleichen läßt. Die Sozialisierung der großen Betriebe macht starke Fortschritte.

In der Provinz herrsche nach amtlichen Berichten überall Ordnung und Ruhe. In den meisten größeren Städten haben die Sozialisten die Verwaltung übernommen und ein Direktorium bestellt; in Keskemet ist außerdem ein Bauernrat gebildet worden. Der Volksbeauftragte für Unterrichtswesen hat die Eintrittskarte sämtlicher Budapester Theater für Donnerstag und den folgenden Tag für ungültig erklärt; der Preis dafür wird zurückerstattet und die Mehrheit der Karten wird durch die Gewerkschaften an die Arbeiter zu herabgesetzten Preisen verkauft. Der Volksbeauftragte für Ernährungswesen hat angeordnet, daß vom 27. März bis zum 2. April frisches Rind- und Schweinefleisch in keiner Form verkauft oder verzehrt werden darf; als Ersatz werden Fleischkonserven in den Verkehr gebracht.

Wien, 24. März.

Die Funksprüche der ungarischen Sowjetregierung über die Vorgänge in Budapest sind größtenteils falsch. In Budapest herrscht Panik. Von einem Anteil des Landes an die Räterepublik ist vorläufig keine Rede.

Die „Wiener Mittagszeitung" erfährt aus Budapest: „In der Budapester Börse erschienen am Sonnabend, ½2 Uhr nachts, die Kommunisten und besetzten sie. Am Morgen war die Umgebung von Soldaten besetzt, so daß der Börsenrat nicht ins Haus gelangen konnte. Später wurde die Börse geöffnet. Eine große Zahl von Kommunisten betrat den Börsensaal und hielt Ansprachen an die Spekulanten, in welchen sie die Ziele und Zwecke des Kommunismus erläuterten. Darauf wurde die Börse gesperrt. Ferner wird aus Budapest berichtet: Sämtliche bürgerlichen Parteien haben gestern nachmittag beschlossen, sich aufzulösen. Die Regierung veröffentlicht Aufrufe an alle aus der russischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Soldaten, die zu der Roten Garde der russischen Sowjets gehört haben, und fordert sie auf, sich unter die Fahne der ungarischen Sowjets zu stellen.

Das kommunistische Programm.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Wien, 24. März.

Das Organ der Kommunisten „Börös Ujsag" brachte in seiner gestrigen Nummer das kommunistische Programm. Darin heißt es, daß die bisherige Staatsform vernichtet und die Bourgeoisie verschwinden werde. Das bisherige Militär und die bisherige Militärherrschaft würden als Einrichtungen der Bourgeoisie nicht mehr existieren. Das Proletariat macht darauf aufmerksam, daß es jede Gegenaktion unterdrücken werde. Der rote Terror sei nur dort notwendig, wo ein weißer Terror bestehe. Das ungarische Proletariat werde auch die Vollzugsgewalt und die richterliche Gewalt in seiner Hand konzentrieren.

*

Wie die „B. P. N." aus Wien erfahren, fanden dort am Sonntag kommunistische Demonstrationen statt. Es verlief jedoch alles ruhig. Alles steht unter dem Eindruck der Vorgänge in Ungarn.

Auch jene Kreise, welche bisher für die Neutralisierung eingetreten sind, scheinen die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß die Neutralisierung für Deutschösterreich, besonders mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten innerhalb der Entente, durchaus nicht günstig wäre.

Der Eindruck in England und Frankreich.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 24. März.

Der Eindruck der bolschewistischen Veränderung in Ungarn war in London tief. Allgemein widersetzt man sich dem Hinausschieben der Beratungen in Paris, wodurch von der Macht über Zentraleuropa verliere. „Daily News" sagen, daß sie vor dieser Gefahr bereits vor Monaten gewarnt und daß man sie durch die rachsüchtigen Narrheiten hervorgerufen habe. „Daily Chronicle" bringt einen ausführlichen Leitartikel über den Ernst der Lage in Ungarn, und zwar über seine Wirkung auf die drei wichtigen Nationen Rumänien, Polen und Tschechoslowakei. Die Pariser Blätter befassen sich mit den Ereignissen in Ungarn und meinen, daß das, was jetzt in Budapest geschehen ist, vielleicht ein Modell werde, was in Berlin folgen könne, wenn für das bilden werde, was in Deutschland sich den Friedensbedingungen zu entziehen trachtet. Es gäbe nur zwei Mittel, diesen Schlag abzuwenden: Die Alliierten müßten den Bolschewismus in Ungarn vertreiben, bevor es zu spät sei, und Rumänien und Bulgarien vor dem Bolschewismus retten. Die Konferenz müsse weiter Deutschland das neue Sprungbrett nehmen und Maßnahmen treffen, um den russischen Bolschewismus auszurotten.

Die Schweiz erkennt das neue Deutsche Reich an.

Bundespräsident Ador an Reichspräsident Ebert.

Berlin, 24. März. (W. T. B.)

Der schweizerische Bundespräsident Ador hat das Schreiben des Reichspräsidenten Ebert, in dem dieser ihm seine Wahl und seinen Amtsantritt angezeigt hat, mit einem warm gehaltenen Schreiben beantwortet. Damit hat die Schweiz als erster auswärtiger Staat das neue Deutsche Reich förmlich anerkannt.